Enquete-Kommission
Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt
des Deutschen Bundestages (2018-2021)

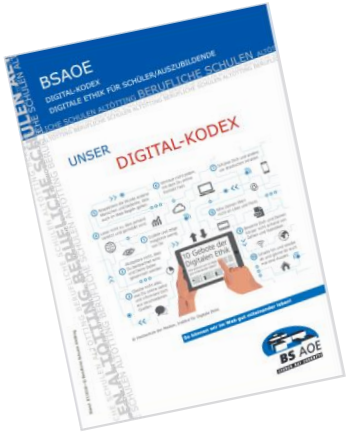
BAG Bundesarbeitskreis Fachschulen für Technik:

„Enquete-Bericht des Deutschen Bundestages … Schlaglichter aus dem Blick der Fachschulen“

Montag, 19. September 2022, 9:55 Uhr
Altötting/Hamburg

Hinweis:
Die folgenden Ausführungen geben ausschließlich die Sichtweise des Sachverständigen C. Dirschedl als Mitglied der Enquete-Kommission wieder. Der Inhalt ist nicht abgestimmt mit anderen Mitgliedern aus der Kommission. - Zitate aus dem Enquete-Bericht sind eindeutig kenntlich gemacht, u. a. durch Kursivdruck.

Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt des Deutschen Bundestages (2018-2021)



Übersicht:

I . Ausgangslage

II. Pakt für Berufsbildende Schulen

III. Ausgewählte Schlaglichter

1. **Vorbemerkungen**
2. **Fachschulen als Teil des regionalen Weiterbildungsmarktes**
3. **Fachschulen als gleichberechtigter Akteur in der Weiterbildungslandschaft**
4. **Ausbau der Fachschulangebote zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse**
5. **Berufliche Bildung und Gymnasium**

IV. Erstes Fazit

Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt des Deutschen Bundestages (2018-2021)

I. Ausgangslage (I)

- Schulen und Trägerschaft
  - 2,6 Mio Schülerinnen und Schüler (SuS) in 12 Formen berufsbild. Schularten der 16 Bundesländer (zum Vergleich nur 0,9 Mio SuS in Sekundarstufe II)
  - weit überwiegend öffentliche (staatliche und kommunale Trägerschaft) und nur wenige private berufsbildende Schulen
    - Gebäude, Einrichtung, Ausstattung i. d. R. in Zuständigkeit von Landkreis, Kommune
    - Lehrpersonal i. d. R. in Zuständigkeit der Länder, großen kreisfreien Städte
- Ausstattung/Einrichtung
  - Maschinen, EDV-Ausstattung … je nach Finanzkraft/Grundhaltung der Träger und Länder-Schulfinanzierungsregelungen gekauft (steuerl. Abschreibung z. T. bis zu 16 Jahre) oder geleast
- Schülerschaft
  - je nach Standort, Ausbildungsberuf, Fachrichtung z. T. extrem heterogene Herkunfts- und Zugangsvoraussetzungen (Ausbildungsberufe in Großstädten mit sehr hohem Migrantenanteil … Chemielaboranten im ländlichen Raum i. d. R. mit fast nur Hochschul-zugangsberechtigung)

I. Ausgangslage (II)

- Lehrpersonal
  - grundständig ausgebildetes BS-Lehrpersonal (berufl. Erstfach/Zweitfach)
  - BS-Lehrpersonal über Sondermaßnahmen und integr. Masterstudiengänge bei Mangelfachrichtungen
  - Lehrpersonal allgemeinbild. Schulen
  - ohne reguläres Referendariat
  - Lehrpersonal von Kooperationspartnern (z. B. in der Berufsvorbereitung) mit verschiedensten Vorqualifikationen
  - verbeamtet, unbefristet und befristet (i. d. R. max. 3 Jahre) angestellt
- Rahmenbedingungen für Schulbetrieb
  - je nach Schulgesetzen der Bundesländer, Schulaufsicht, Trägerschaft, Region mit großen Freiheiten … bis … sehr restriktiv
  - in hochmodernen, schülerfreundlichen Gebäuden ... bis … Gegenteil
  - mit zeitgemäßer Ausstattung (Maschinen, EDV) und kurzen Erneuerungszyklen … bis … Gegenteil
  - mit wenigen … bis … sehr vielen Ausbildungsbetrieben (z. B. BSAOE ca 600 Betriebe aus 25 Landkr.)
  - monostrukturiert in Großstädten … bis … viele Berufsfelder im ländl. Raum

I. Ausgangslage (III)

Fazit:

Bei allem Verständnis für die und Respekt vor der Kultushoheit der Länder brauchen wir dringend Instrumente, um in den Ländern die berufsbildenden Schulen nach gewissen Standards auf ein annähernd gleiches Niveau zu bringen in Fragen der

- Schulgebäude,
- technischen Ausstattung,
- digitalen Infrastruktur und digitalen Ausstattung,
- Lehrpersonalausstattung und -kompetenzen,
- Lernortkooperation,
- Fördermöglichkeiten für SuS ALLER Kompetenzniveaus und Zugangsvoraussetzungen!

II. Pakt für berufsbildende Schulen (I)

Die Enquete-Kommission ist der Überzeugung, dass dem „Digitalpakt Schule" (5 Mrd € bis 2024) ein nicht minder vom Bund finanziell gut ausgestatteter „Pakt für berufliche Schulen" ggf. auch ein „Pakt für berufliche Bildung" folgen soll.

Bericht, S. 211ff., Ziff. 6.7.2.1: Pakt für berufsbildende Schulen

„… Berufsbildende Schulen sollen sich zu gut ausgestatteten, modernen und offenen Lernzentren entwickeln, die einen umfassenden Kompetenzerwerb in Anbetracht der Anforderungen der digitalen Arbeitswelt ermöglichen. Bund, Länder, Kommunen und die Partner der beruflichen Bildung (vor allem Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern) sollen daher einen „Pakt für berufsbildende Schulen" – unter Umständen eingebettet in einen „Pakt für die berufliche Bildung" – schließen, der mindestens folgende Kernelemente enthält: …

- *Digitalpakt berufsbildende Schulen → nachhaltige digitale Lernausstattung und –infrastruktur*
- *Externe IT-Kräfte für Pflege und Ausbau der digitalen Schulausstattung*
- *Bundesweite digitale Lernplattform, u. a. zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien*
- *Förderung innovativer Lernkonzepte*
- *Integration digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten in der Lehreraus- und weiterbildung*

II. Pakt für berufsbildende Schulen (II)

- *Rekrutierungsoffensive zur Gewinnung von Lehrpersonen für berufsbild. Schulen*
- *Gewährleistung sonstiger notwendiger Sachinvestitionen, um die Berufsbildung auf hohem technisch aktuellen Niveau zu halten*
- *Stärkung regionaler Netzwerke aller örtlichen Berufsbildungsakteure (Schulen, Betriebe, ÜBS, Bildungsträger)*
- *Förderung der Mobilität von SuS sowie der standortnahen Beschulung*
- *Ausbau der Zusammenarbeit von allgemeinbild. und berufsbild. Schulen"*

(Stichpunkte in gekürzter Ausführung)

Bild: Berufliche Schulen Altötting

III. Ausgewählte Schlaglichter

1. Vorbemerkungen

Eine ausführlichere Darstellung des Fachschulwesens in der BRD ist zu finden insbesondere unter Kap. 6.2.3.6, S. 173; Kap. 7.4., S. 239 ff.; Handlungsempfehlungen u. a. auf S. 214, 215, 288. Tipp: Mit Stichwortsuche „Fachschule"; „Fachschulen" arbeiten ☺!

Der gesamte Bereich der Weiterbildung, auch über den Fokus des Bestehens in der Berufswelt zur Sicherung des Arbeitsplatzes und der Erwerbsfähigkeit hinaus, im Anschluss an die berufliche Erstausbildung muss angesichts der Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung in Lebens- und Arbeitswelt, der Demografie und der Integration von Migranten und Geflüchteten auf breiter Ebene ausgebaut werden. Hier war sich die Enquete-Kommission uneingeschränkt einig. Ein weit überwiegender Teil der Kommissionsmitglieder traut hier künftig auch den Berufsschulen sowie den Fachschulen eine deutlich gewichtigere Rolle zu. Das abweichende Sondervotum nur weniger Kommissionsmitglieder hierzu ist auf S. 173 bzw. Kap. 10.5.8, S. 383 f. des Berichts zu finden – ein insgesamt sehr großer Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen.

III. Ausgewählte Schlaglichter

2. Fachschulen als Teil des regionalen Weiterbildungsmarktes

… S. 214:

25. ***Fachschulen sollten mit anderen Akteuren kooperieren, ihre Rolle in der beruflichen Weiterbildung – als Teil des regionalen Weiterbildungsmarktes – bewusst wahrnehmen und je nach regionalen Gegebenheiten neu definieren. Dafür sollte die Rahmensetzung in den Schulgesetzen angepasst werden. Neue und digital gestützte Formen der Beteiligungsmöglichkeiten öffentlicher berufsbildender Schulen auf dem Weiterbildungsmarkt sollten in Kooperation mit weiteren regionalen Anbietern erprobt werden. Regionen sollten auf der Grundlage von kommunalen (Berufs-)Bildungsberichten Entwicklungspläne vorlegen. Hierbei gilt es, den Grundsatz der Subsidiarität zu wahren.***

III. Ausgewählte Schlaglichter

3. Fachschulen als gleichberechtigter Akteur in der Weiterbildungslandschaft

… S. 215:

26. Die berufsbildenden Schulen/Fachschulen sollen in der Allianz für Aus- und Weiterbildung eine größere Rolle spielen und als gleichberechtigter Akteur in der Weiterbildungslandschaft mit einbezogen werden.

    Dabei soll die AZAV-Zertifizierung für Fachschulen so vereinfacht werden, dass Doppelprüfungen vermieden werden.

    Die bereits an einigen Hochschulen etablierte Anrechnung einschlägiger Fächer/Lernfelder von Fachschulen auf entsprechende Studiengänge soll ausgebaut werden, um Fachschulabsolventen eine Verkürzung des Studiums zu ermöglichen.

III. Ausgewählte Schlaglichter

4. Ausbau der Fachschulangebote zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse

… S. 288:

14. Auch berufsbildende Schulen können an die Berufsausbildung anschlussfähige Angebote im Weiterbildungssektor übernehmen. Ausbaufähige Potenziale können insbesondere in den Fachschulangeboten und Angeboten zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse wie etwa Bildungsgängen mit Abschlüssen im DQR und EQR der Stufe 7 liegen. Berufsbildende Schulen sind darüber hinaus ein möglicher Ort für Beratungen zu Fort- und Weiterbildung. Dabei ist darauf zu achten, dass im Falle einer öffentlichen Finanzierung keine Wettbewerbsverzerrung entsteht.

Hier allerdings Sondervotum (Kap. 10.5.8, S. 383 f.) von kleinen Teilen der Kommission!

III. Ausgewählte Schlaglichter

5. Berufliche Bildung und Gymnasium (I)

Anregung von C. Dirschedl: Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe mit den Zielen u. a. „Optimierung schulischer Übergänge" sowie „Aufwertung der beruflichen Bildung":

Einrichtung eines Abiturfaches als Wahlpflichtfach in einem Berufsfeld wie z. B. Gesundheit und Pflege, Wirtschaft und Recht, Elektrotechnik, Metalltechnik, Umwelt und Energie, Informationstechnologie IT. Gymnasiasten wählen nach der Mittelstufe ein Berufsfeld als Pflichtfach und legen darin nach Länderrecht eine Hochschulreifeprüfung ab.

Argumente:

- Beitrag zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung
- Berufsorientierung: bessere Vorbereitung auf eine Studienwahl, Interesse an dualer BA
- Verringerung von Studienabbrüchen
- bessere Vorbereitung auf die Lebens- und Arbeitswelt – auch unter dem Aspekt der Digitalisierung - nach dem Abitur
- engere Kooperationen zwischen Berufsschulen und Gymnasien
- Steigerung der Attraktivität von MINT-Berufen/Studien sowie des Berufsschullehrer-Berufes unter Gymnasiasten

III. Ausgewählte Schlaglichter

5. Berufliche Bildung und Gymnasium (II)

Keine Mehrheit in der Enquete-Kommission für eine Handlungsempfehlung, aber:

S. 195, 4. Absatz, 2. Satz:

Liegen berufliche Schulen und Gymnasien nicht weit voneinander entfernt, könnte eine engere Kooperation ermöglicht werden: Denkbar wäre auch – z. B. für Gymnasiasten nach der 10. Klasse – das Belegen eines Wahlpflichtfaches (z. B. in den Fächern Gesundheit und Pflege, Wirtschaft und Recht, Elektrotechnik, Metalltechnik, Umwelt und Energie sowie Informationstechnologie (IT)) an einer beruflichen Schule. Auch die Berufsorientierung würde auf diese Weise gestärkt und verfestigt werden.

Herzlichen Dank, liebe Mitglieder der Enquete-Kommission! ☺

Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt des Deutschen Bundestages (2018-2021)

IV. Erstes Fazit

- → **Marginales mediales Interesse bei der Übergabe des Enquete-Berichts im Sommer 2021!**
- → **Bisher kaum eine wahrnehmbare politische Reaktion der neuen Bundesregierung!**
- → **Antrag der Unionsfraktion als Oppositionspartei → Reaktionen der Regierungsfraktionen noch offen!**

Deutscher Bundestag — **Drucksache 20/2340**
20. Wahlperiode — 21.06.2022

Antrag
der Fraktion der CDU/CSU

Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Ich freue mich auf Ihre Beiträge und Meinungen!

Bilder: Berufliche Schulen Altötting